

## „Won't Get Fooled Again“<sup>1</sup> – postpandemische Ausblicke für die Kinder- und Jugendarbeit

Auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt (Juni 2021) von einer Bewältigung geschweige denn zureichenden Aufarbeitung der Coronakrise keinesfalls die Rede sein kann, werden im Zuge eines aktuell anschwellenden kaphonischen Forderungs- und Hoffnungsdiskurses (z. B. über neue bzw. beendete Impfprioritäten, partielle Lockerungen und Öffnungsperspektiven) im Folgenden einige Aussichten für die Kinder- und Jugendarbeit skizziert, die auf bisherigen Überlegungen (LINDNER/SIEBEL 2021) gründen und diese in ausgewählten Aspekten weiter ausformuliert. Tenor der nachfolgenden Passagen ist es dabei weniger, die Pandemie als mitunter auch innovationstreibenden Stresstest zu fixieren, sondern diese – wie in etlichen anderen Gesellschafts- und Politikbereichen auch – vielmehr als Instrument zur Förderung der Selbsterkenntnis über den eigenen gesellschafts- und professionspolitischen Stellenwert zu verwenden.

### Jugend(arbeits)politische Rahmenbedingungen

Stellt man die neueren Entwicklungen in der Kinder- und Jugendarbeit in einen erweiterten jugendpolitischen, aber auch gesamtgesellschaftlichen Kontext, dann ist zunächst die Kollusion zweier diffuser (Teil-)Systeme zu konstatieren, welche nur folgerichtig keine haltbaren Orientierungsmarken erwarten lässt, sondern bestehende Unübersichtlichkeiten nur noch multipliziert: Eine über Monate ebenso ignorante wie konfuse (Bundes-)

Politik, die von einem Entscheidungs-Debakel zum nächsten taumelt, trifft auf eine eher fragil strukturierte Kinder- und Jugendarbeit.

Während das Handeln der – eigentlich zu Steuerungs- und Orientierungsaufgaben berufenen – Politik einer Abfolge sich permanent selber übertreffender und hektisch sich wieder korrigierender Blindflugmanöver glich, deren Parameter wie auf einem grotesken Corona-Basar hin und her verhandelt wurden (Stichwort: Bundesnotbremse, Chaos zum Ende der Impf-Priorisierung ohne ausreichende Impfstoffe, wobei die zuvor noch verkündete Impfung speziell von Kindern und Jugendlichen wieder kassiert wurde), war die Kinder- und Jugendarbeit bis auf weiteres damit befasst, die neue Situation halbwegs innovativ-kreativ aufzufangen, Planungsperspektiven (z. B. im Hinblick auf Sommerferienangebote) je nach Sichtweite zu flexibilisieren und parallel dazu bemüht, dem flankierenden Irrsinn aus – je nach Bundesland wiederum anders ausfallenden – inkonsistent-unberechenbaren Rahmenbedingungen, jählings veränderten Inzidenzwerten, wechselnden Hygienekonzepten, alternierenden Öffnungs- und Schließungsvorgaben, ungereimten Masken-, Quarantäne- und Testverordnungen und vagen Impfprioritäten sowie Dokumentationsanforderungen irgendwie nachzukommen. Dies alles erfolgte vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Erosion auch anderer Sozialisations- und Unterstützungsagenturen wie Familie oder Schule sowie einer durch etliche Studien belegten und durchaus drängenden

Bedarflage bei Kindern und Jugendlichen, insbesondere solchen aus sozialökonomisch marginalisierten und belasteten Milieus.

Erst im Kontext dieser Entwicklungen wird ersichtlich, was von solch vollmundigen Statements zu halten ist, denen zufolge »Jugend ermöglichen als zentrale gesellschaftliche Aufgabe der Zukunft« und die Kinder- und Jugendarbeit „ein unentbehrlicher Bestandteil der sozialen Infrastruktur“ und „(maßgeblicher) Akteur für eine jugendgerechte Gesellschaft sei.“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2017, S. 69 u. S. 18.)

Entgegen anderslautender Wunschbilder, illusionärer Wichtigkeitsbekundungen und sonstiger Autosuggestionen dürfte kaum jemand der Einschätzung widersprechen, dass weder Jugendlichen noch der Kinder- und Jugendarbeit während der Coronapandemie eine zureichende Beachtung bzw. Bedeutung zuteilwurden – wie die beiden nachfolgenden Zitate illustrieren:

„In der Pandemie wurden die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen, die Bedeutung von Kinder- und Jugendarbeit sowie der außerschulischen Bildungsorte/-angebote weitgehend übersehen, übergangen und ignoriert. (...) Die außerschulischen Perspektiven von Kindern und Jugendlichen waren kein Thema.“ (HAFENEGER 2021, S.44)

„Corona hat mit pandemischer Gnadenlosigkeit offengelegt, wie wenig junge Menschen in Deutschland zählen. (...) In Sachen Corona haben sich Scharen junger Menschen in den Zwangsdeal gefügt, über ein Jahr ihres Lebens zu opfern, vorrangig, um Ältere zu schützen. Im Gegenzug bekamen sie wenig, ergänzt um schlechten Empfang und herablassende Boomer-Erzählungen davon, wie gut ihnen bekommen würde, auch mal zu verzichten, so wie sie selbst damals im Krieg, den sie nicht erlebt haben. (...)“ (LOBO 2021)

Die Ursachen dieser Misere liegen nicht zuletzt in strukturellen und konzeptionellen Fehlstellungen, die bereits vor der Pandemie erfolgten (Stichwort: Pfadabhängigkeit.) Einen Unterfall der allgemeinen Politikverwirrung stellten jugendpolitische Strategien dar, deren landespolitische Besonderheiten hier zugunsten der bundespolitischen Dimension fokussiert werden. In der Coronapandemie haben der jugendpolitische Stellenwert und die Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit die seit Jahren bestehende klägliche Diskrepanz von Rhetorik und Realität getreulich widergespiegelt, diese weiter fortgesetzt und (mit kleineren Ausnahmen) insofern konsequent die bisherige Pfadabhängigkeit der Missachtung, selektiv-machtbezogener Partizipationsvortäuschung und Intransparenz verfestigt. Bereits der offenkundige Etikettenschwindel in der Novellierung des SGB VIII, welches gemäß neuestem BMFSFJ-Marketing als hübsch aufgeschäumtes „Kinder- und Jugendstärkungs(!)gesetz“ ausgerufen wird, in der Realität der Pandemie aber die Kinder und Jugendlichen im Regen stehen lässt, bestätigt den Popsong-Titel der Überschrift.

Zwar hatte der Bundesrat noch in seiner 956. Sitzung im Jahre 2017 die Bundesregierung ausdrücklich aufgefordert, „die in den §§ 11 bis 14 SGB VIII beschriebenen Leistungen so auszugestalten, dass diese im Kanon aller Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nicht hinter der Bedeutung und Regelungsqualität zum Beispiel der Bereiche frühkindliche Bildung und Erziehung sowie erzieherische Hilfen zurückbleiben.“ Die ernüchternde Realität aber war: Die Appelle des zweithöchsten Verfassungsorgans wurden ebenso ignoriert wie die Statements des 15. Kinder- und Jugendberichts. Die Kinder- und Jugendarbeit spielte auch beim zweiten Anlauf zur SGB VIII-Reform keine Rolle, denn die reformbedürftigen Themen-

felder der Kinder- und Jugendhilfe waren von der Bundesregierung zuvor sorgsam prä-definiert worden, so dass Innovationen allenfalls innerhalb dieser Felder zugelassen und alle anderen Reformbedarfe ignoriert wurden. Es handelt sich übrigens um die dieselbe Bundesregierung, die noch in ihrem 15. Kinder- und Jugendbericht »Ernsthaftigkeitsprobleme« (BMFSFJ 2017, S. 12) in Sachen Partizipation beklagt hatte und anderorts begeistert für Jugendbeteiligung wirbt, aber offenbar kein Problem damit hat, Partizipation qua selektiver Definitionsmacht für die eigenen machttaktischen Kalküle zu instrumentalisieren. Öffentlich und offensichtlich wurde hier die Grundregel aller ernst zu nehmenden Partizipation ad absurdum geführt, sofern gerade die »Ergebnisoffenheit der Beteiligungsverfahren eine Grundbedingung dar(stellt)« (GLAAB 2019, S.103). Es wäre durchaus aufschlussreich zu erfahren, ob ein solches Vorgehen wohl den »Jugendcheck« des zuständigen Jugendministeriums selbst überstanden hätte.

Dies alles erfolgte unter freundlicher Assistenz bzw. Duldungsstarre maßgeblicher jugendpolitischer Akteure, wie z. B. Bundesjugendkuratorium, Bundesjugendring oder auch der AGJ, von denen dieses Mal kein Wort der Kritik, geschweige denn ernsthafte bzw. erfolgreiche politische Einflussnahme zu verzeichnen waren. Jenseits dieser potenziell einflussmächtigen Akteure waren aber auch die vielen anderen Träger und Akteure der Kinder- und Jugendarbeit ganz offensichtlich außerstande, nennenswerte Effekte zu erzielen. Aus heutiger Sicht ist festzustellen, dass hier genau die Ansatzpunkte zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit fahrlässig bzw. vorsätzlich verspielt wurden, die im Zuge der Pandemie, danach und auch darüber hinaus eigentlich dringend benötigt werden.

Hinzu kommt: Obwohl Thematik und Debatte um Repolitisierung, offensive Lobbyar-

beit, Politikberatung und Politikgestaltung seit etwa zehn Jahren in der Kinder- und Jugendarbeit kursieren, haben sich diese als genau das bedeutungslose »Geschwafel« offenbart, welches zuvor schon diagnostiziert worden war (LINDNER 2018). Die Kinder- und Jugendarbeit hat in der Corona-Pandemie zwar vielfache kreative, innovative Reaktionen gezeigt, die aber nicht darüber hinwegtäuschen können, dass dies letztlich im Modus der durchwurschtelnden Anpassung geschah. Der Anspruch, »dass es nicht länger ausreicht, die Kinder- und Jugendarbeit lediglich innerhalb der rechtlich und politisch gesetzten Rahmungen umzusetzen und zu verbessern, sondern es darum gehen müsste, diese Rahmungen selbst zum Thema zu machen und einer kritischen Überprüfung auszusetzen« (LINDNER 2012, S. 6), ist vor lauter pragmatischer Problembewältigung aus dem Blick geraten.

Ähnlich desillusionierend muss die seit Jahren als Kernstück einer vorgeblich als »ambitioniertes und konsequentes Vorhaben«<sup>2</sup> deklarierten Jugendstrategie der Bundesregierung eingestuft werden, die über symbolisch-diffuse Online-Formate nicht hinausgelangte: »In Workshops entwickelten die Teilnehmenden Ideen, wie es gelingen kann, gemeinsam gut aus der Krise zu kommen. Die Ergebnisse wurden anschließend vorgestellt und jugendpolitische Empfehlungen gegeben.«<sup>3</sup> Auch derartige Formate von Politikvortauschung folgen den bereits jahrelang bekannten Schemata:

»Flankiert werden solche Defizite durch kunterbunte Wunsch-Umfragen bei Jugendlichen, variantenreichen, aber unverbindlichen Online-Votings, fluktuierenden Meinungsevents wie E-Partizipation, Juniorwahl, Wahl-O-Mat, Web-Days, U-18-Wahlaktionen, JugendPolitikTage u. v. m., die alles Mögliche anzielen, nur eben leider keine echten politischen Entscheidungen – die wer-

den weiterhin im etablierten Politikbetrieb völlig ohne Jugendliche getroffen. Sofern solche Naivitätsblockaden nicht ernsthaft bearbeitet werden, verharret die Kinder- und Jugendarbeit im Status anschwellenden Partizipationsgelabers.“ (LINDNER 2018).

War die Neue und Eigenständige Jugendpolitik zuvor schon recht konturenlos vor sich hingedümpelt, so zeigte sie sich (wohl nicht zuletzt angesichts der auslaufenden Legislaturperiode und der im September 2021 anstehenden Bundestagswahl) nun auch nicht gerade von Innovationsfreude durchglüht und war insbesondere angesichts der besonderen Herausforderungen durch die Pandemie mehr oder minder abgetaucht. Insbesondere die wiederkehrend hoch gepriesene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hat sich hier, aber auch in vielen anderen Formaten als dysfunktionale „Schönwetter-Partizipation“ erwiesen, die exakt dann, als sie am dringendsten benötigt wurde, auf ganzer Linie versagte. Wo wirkten all die Partizipations-Instrumente, die Jugendkonferenzen, Digital-Tools, die Demokratiewerkstätten, die Jugendforen, die Beteiligungsprojekte, -methoden und sonstigen Partizipationsinstrumente? Wo wurde effektiv Gebrauch gemacht vom § 8 SGB VIII und den in etlichen Kommunalordnungen verankerten und stolz gefeierten Beteiligungsrechten für Kinder und Jugendliche? Statt konkreter Umsetzungen jugendlicher Anliegen waren nurmehr windige Versprechen zu vermerken, deren Einlösung allenfalls in den Untiefen des politisch-administrativen Zuständigkeitsgeschiebes versinken dürften, wie:

„Die Ergebnisse (der digitalen Jugendpolitiktage, WL) werden am 9. Mai 2021“ – nein, nicht umgesetzt, sondern: „an Vertreter/-innen der Interministeriellen Arbeitsgruppe Jugend der Bundesregierung übergeben und fließen in die Umsetzung und Weiter-

entwicklung der Jugendstrategie der Bundesregierung ein.“<sup>4</sup>

„Bundesjugendministerin will Ergebnisse des Jugend-Hearings“ – nein, nicht umsetzen, sondern: „weitertragen“<sup>5</sup>.

Der jugendpolitische Verschiebebahnhof funktioniert aber auch in umgekehrter Richtung: Am 6. März 2021 war in der Jugend- und Familienministerkonferenz ein Leitantrag zur „Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ diskutiert worden, demzufolge „die Vorstellungen und Sichtweisen der Kinder und Jugendlichen in allen Bereichen, die sie betreffen, noch viel stärker berücksichtigt werden“<sup>6</sup>. Die für die Kinder- und Jugendarbeit, neben vielen warmen Worten, maßgeblichen Ergebnisse: 1. Eine „gemeinsame Wertschätzungs- und Aktivierungskampagne (!) für junge Menschen von Bund und Ländern unter Einbindung der bewährten Jugendarbeitsstrukturen vor Ort“ – mit anderen Worten: Simulation und Symbolik pur ohne jegliche gestalterische Substanz. 2. „Die JFMK spricht sich (...) für ein eigenes Förderprogramm des Bundes (!) zum Auf- und Ausbau digitaler (Frei-)räume für junge Menschen und entsprechender Jugendarbeitsangebote in der digitalen Welt aus“<sup>7</sup> – eine wolkige Absichtsbekundung, deren reale Umsetzung wieder auf die Bundesebene zurückgeschoben wird und dort ihrer zweifelhaften Realisierung harret.

Und selbst dort, wo die berechtigten Anliegen von Kindern und Jugendlichen konkretisiert wurden in dem Bundesvorhaben „Kinder- und Jugendparlamente stärken und sichtbarer (zu) machen“ und dies über eine neue ‚Akademie für Kinder- und Jugendparlamente‘ anzuzielen<sup>8</sup>, muss eher von einem konzeptionellen Fehlschlag mit Ansage gesprochen werden – zumindest, wenn man diesen Plan mit den Ergebnissen einer aktuellen österreichisch-deutschen Kinder- und Jugendstudie konfrontiert:

„Darüber, dass in der Coronakrise niemand die Sorgen und Ängste der Jugend ernst nimmt, ist man sich unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland und Österreich einig. Rund 70% fühlen sich in beiden Ländern aus dem politischen Diskurs ausgeschlossen. Die Einbeziehung der Jugend ins politische System ist damit in beiden Ländern als gescheitert zu betrachten. Oberlehrerhaft organisierte Jugendparlamente, in denen primär die Eliten aus politiknahen Milieus auftreten, werden als PR-Maßnahmen der Herrschenden gesehen.“<sup>9</sup>

Wer sich (vielleicht) mit der Hoffnung trägt, dass derartige Entwicklungen nach der Bundestagswahl 2021 in einer neuen Regierung allzumal unter Beteiligung der als „fortschrittlich“ und „zukunftsweisend“ etikettierten „Grünen“ Verbesserungen erfahren könnten, sollte zuvor nach Rheinland-Pfalz schauen. Dort wurde aus unerfindlichen Gründen, aber in Verantwortung eben dieser Grünen das Politikfeld ‚Jugend‘ kurzerhand aus dem Titel des vormals zuständigen Ministeriums gelöscht – selbstverständlich unter lebhafter Beteuerung, dass dies für die Jugendpolitik selbst überhaupt gar keine Bedeutung habe.

## **Und nun? Postpandemische Perspektiven**

Die bislang einzigen, durch die Pandemie greifbaren Veränderungen für die Kinder- und Jugendarbeit dürften sich in einer erweiterten digitalen Anreicherung und Qualifizierung ihrer bisherigen Angebotsformate einstellen. Angesichts der zuvor skizzierten Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie aber wären sowohl für die künftigen Beteiligungsqualitäten von Kindern und Jugendlichen wie auch für die weitere strategische Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit die nachfolgenden Entwicklungserfordernisse zu prüfen:

## **Erster Aufschlag: Beteiligungsinstrumente schärfen und offensiv weiterentwickeln**

Nach den vorliegenden Pandemie-Erfahrungen besteht die offenkundige Notwendigkeit, noch einmal neu über zentrale Aspekte von Beteiligung, Partizipation, Demokratiepoltik und bisheriger Demokratiebildung mit Kindern und Jugendlichen nachzudenken. Denn Demokratie bedeutet eben nicht „Herrschaft der Vielen“, sondern: „Herrschaft der Mehrheit“. Und so besteht ein gravierendes demokratie-konzeptionelles Problem für Kinder und Jugendliche darin, wie für eine demografische Minderheit eine demokratische Mehrheit erlangt werden kann, solange jugendliche Anliegen bis auf weiteres auf die paternalistische Jovialität der Älteren angewiesen sind (Stichwort: „Tyrannei der Mehrheit“). Fraglos muss die unterlegene Minderheit die Mehrheitsentscheidung anerkennen, demokratietheoretisch aber hätte sie die Chance, bei künftigen Wahlen und Abstimmungen ihrerseits andere Mehrheiten zu finden. Was aber, wenn sich Kinder und Jugendliche strukturell in einer zeitübergreifend stabilen Minderheitssituation befinden, in der die theoretischen Aussichten auf eine Mehrheit absehbar nicht gegeben sind? Doch selbst diese prekäre Lage wird noch weiter herabgewürdigt, denn im Mai 2021 ist eine Absenkung des Wahlalters mit Koalitionsmehrheit (!) vom Bundestag abgelehnt worden. Ein Anlass, über den Titelsong dieses Beitrags nachzusinnen, ergäbe sich auch aus der Information, dass die Bundeskanzlerin – also die Chefin eben jener Regierung, die die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz blockiert und zudem jungen Menschen einen wichtigen Teil ihrer demokratischen Teilhabe verwehrt – es sich hingegen nicht nehmen ließ, zum Abschluss des Deutschen Jugendhilfetages allen zu danken, die sich in Jugendarbeit und Jugendhilfe engagieren



und dabei unterstrich, dass die Regierung deren Engagement gerne unterstütze. Statt ernstgemeiner Beteiligung aber werden weitere Pseudo-Partizipations-Events inszeniert wie etwa eine europaweite Jugenddialog-Umfrage, die der Bundesjugendring allen Ernstes mit der Parole „Jetzt mitmachen & Politik beeinflussen“ bewirbt.“<sup>10</sup>

Selbstverständlich gelten für Kinder und Jugendliche auch die in einer Demokratie garantierten Minderheitenrechte. Allerdings bezeichnet deren reale Einlösung keinen simplen Automatismus, sondern auch diese wären offensiv und nachdrücklich geltend zu machen – nicht zuletzt, um den immer wieder frappierenden Unterschied zwischen „Recht haben“ und „Recht bekommen“ wirksam zu bearbeiten. Ein in dieser Hinsicht ermutigender Schritt zeigt sich im jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz, welches die von der Politik jahrelang vernachlässigten Interessen der jungen Generation zur Geltung bringt; allerdings ist zu bezweifeln, dass vergleichbare Urteile auch für die vielfältigen anderen Belange von Kindern und Jugendlichen (z. B. im Hinblick auf soziale Ungleichheiten) ergehen dürften. Die weiteren und dringlich anstehenden Überlegungen zu theoretischen und normativen Grundlagen intergenerationaler Gerechtigkeit, bei denen gerade die zukünftigen Generationen als „Leerstelle der Demokratie“ ersichtlich werden, hätten sich als künftig notwendige Diskurse auch in der Kinder- und Jugendarbeit zu etablieren und zu qualifizieren (TAMOUDI/FAETS/REDER 2020).

In diesem Kontext hätte sich auch das bislang eher schlichte Demokratieverständnis der Kinder- und Jugendarbeit (Demokratie ist „irgendwie gut“) reflexiver auszugestalten und zum einen zu vergegenwärtigen, dass der Demokratiebegriff selbst äußerst komplex und vielgestaltig ist (z. B. parlamen-

tarische, präsidentielle, föderale, gelenkte, illiberale Demokratie etc.). Dass „Demokratie“ allein vor gar nichts schützt, haben zuletzt die Ereignisse in Hongkong und Belarus wie auch die Wahlen einer ganzen Reihe ausgesprochener Demokratiefeinde mitten in Europa demonstriert: Demokratie ist eingebettet in eine Vielzahl von gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen, deren Ausblendung zu den bekannten Demokratie-Deformationen führt (SCHMIDT 2019).

Zum anderen ist zu vergegenwärtigen, dass ein angemessenes Verständnis von Demokratie diese nicht als essentiell und statisch, sondern in permanenter Bewegung zwischen verschiedenen Antinomien begreift: zwischen Freiheit und Gleichheit, zwischen Individuum und Kollektiv, zwischen Quantität und Qualität, zwischen Universalität und Partikularität (HIDALGO 2014).

Des Weiteren wäre die Aufmerksamkeit angeraten auf die poststrukturalistisch grundierten Theorien der „Radikalen Demokratie“ (FLÜGEL-MARTINSEN 2020, COMTESSE U.A. 2019, LOREY 2020). Denn dort wird (anders als dies etwa der 16. Kinder- und Jugendbericht leistet) ein expliziter Fokus auf diejenigen Personen gelegt, die auch in Demokratieprozessen gerade nicht repräsentiert und nicht berücksichtigt werden – und eben dies war die prägende Erfahrung von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie.

Wie verquer das Demokratieverständnis der Kinder- und Jugendarbeit sich mitunter darstellt, kann exemplarisch der Fortbildungsankündigung eines Weiterbildungsträgers entnommen werden (der aus Gründen des pädagogischen Taktes nicht namentlich genannt wird): „Wie gelingt es, Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene erfolgreich einzubinden? Mit welchen Aktionen

und Formaten werden sie erreicht? Wie können Konzepte und Handlungsstrategien so entwickelt werden, dass sie anschlussfähig für die kommunalen Verwaltungs- und Politikprozesse sind? Welche Rolle übernimmt die Jugendarbeit bei der Umsetzung kommunaler Beteiligungsstrategien?“ In einem solchen Verständnis ist nicht der Staat für seine Bürger da, sondern vielmehr die Bürger für den Staat. Nicht die Verwaltung hat sich an die Besonderheiten der Partizipation mit Kindern und Jugendlichen anzupassen, sondern umgekehrt: Partizipationsanliegen von Kindern und Jugendlichen haben sich als anschlussfähig für die Verwaltung auszugestalten.

In Anbetracht solcher Beteiligungsmentalitäten und leider auch -realitäten stehen nachfolgende Fragen zur Reflexion an:

- Müssen die aufeinander verweisenden Konzepte von Partizipation, Beteiligung, Teilhabe und Demokratie fortan auf die ersten beiden Aspekte reduziert werden, weil der dritte und vierte Aspekt demokratie- und machttheoretisch ohnehin keine realistischen Umsetzungs-Chancen eröffnen?
- Müssen Beteiligungskonzepte für Kinder und Jugendliche künftig so konzipiert werden, dass deren Anliegen von vornherein gemeinwohl-tauglich aufzusetzen sind, da sie ansonsten nicht mehrheitsfähig sind? Denn in den Kommunalparlamenten sitzen keine Jugendlichen; dort sitzen mehrheitlich alte Männer (EGNER/KRAPP/HEINELT2013; EGNER/HEINELT2016).
- Oder müssen Sozialpädagog\*innen Jugendliche in Beteiligungsfragen wie folgt vorbereiten: „Was immer ihr da beantragt – es wird so nicht umgesetzt werden. Es wird durch Kompromisse (die ja auch einen Wesenskern von Demokratie darstellen) verändert werden. Stellt

euch am besten schon mal darauf ein.“?

- Inwieweit sind die bestehenden „Power-Sharing“-Konzepte geprägt von allzu idealistischen bis naiven Hoffnungen? – Denn realpolitische Erfahrungen zeigen: eher würde sich ein Hund einen Wurstvorrat anlegen, als dass Politiker\*innen freiwillig auf auch nur einen Teil ihrer Macht verzichten.
- Werden Teilhabe- und Demokratieprozesse mit Kindern und Jugendlichen vornehmlich als Harmoniemodelle und vorgebliche „Win-Win“-Situationen oder immer auch als Konfliktmodelle verstanden und entsprechend konzipiert? Und was bedeutet dies angesichts der o.g. Macht-Konstellationen?
- Inwiefern müssen die Einführung von Veto- und Initiativrechten für Kinder und Jugendliche unumgängliche und obligatorische Ergänzungen bisheriger Partizipationspolitiken bilden? Andernfalls wäre es kaum verwunderlich, wenn Kinder und Jugendliche nach den Desillusionierungen ihrer „Voice“-Erfahrungen nunmehr auf „Exit“<sup>11</sup> umschalten nach dem Motto: „Stell Dir vor es ist Partizipation und keiner geht hin“ – „Won't Get Fooled Again.“

Als pragmatischer Mittelweg zwischen Demokratietheorie und Demokratiepraxis wäre künftig für alle Politikebenen mindestens ein präzises und verbindliches Partizipationsmonitoring einzurichten, in dem öffentlich dargelegt und konzise begründet wird,

- welche Partizipationsanliegen von Kindern und Jugendlichen artikuliert worden sind,
- wie mit diesen Anliegen weiter verfahren wurde,
- welche (Teil-)Ergebnisse in welchen Zeiträumen erreicht worden sind und

- warum von den originären Partizipationsanliegen der Kinder und Jugendlichen aus welchen Gründen abgewichen worden ist.

## **Zweiter Aufschlag: Kinder- und Jugendarbeit strukturell krisenfest(er) absichern**

Neben den bereits skizzierten Ansatzpunkten für grundsätzliche und strukturelle Status-Verbesserungen der Kinder- und Jugendarbeit (für die es – ironischerweise – letztlich auch wieder der politischen Mehrheiten im Rahmen einer ernsthaften Jugendpolitik bedarf) sollen die nachfolgenden Anmerkungen speziell deren Finanzlage beleuchten. Eigentlich dürfte die Kinder- und Jugendarbeit nun verstärkt gefordert sein, eine in erheblichen Anteilen verstörte, psychisch und sozial angeschlagene Generation von Kindern und Jugendlichen<sup>12</sup> zu unterstützen. Auf der Basis der bislang ohnehin schon dürftigen Rahmenbedingungen wäre mithin eigentlich ein veritabler Qualitätsschub erforderlich. Aber genau wie bereits prognostiziert (LINDNER/SIEBEL 2020), schlägt die Pandemie gegenwärtig durch erhöhte Finanz-Aufwendungen bei gleichzeitig geringeren Steuereinnahmen insbesondere auf die kommunalen Haushalte durch. Sehr im Gegensatz zu ihrer nachrangigen Beachtung im Kontext der Pandemie ist die Kinder- und Jugendarbeit nun aber beim Kürzen und Einsparen ganz vorn mit dabei. Daran wird auch das sog. „Corona-Aufholpaket“ wenig ändern, welches schon im Namen offenbart, dass es dabei um nichts weiter geht als darum, die eigenen politischen Versäumnisse, zumal in einem Bundestagswahljahr, notdürftig zu übertünchen. Die hierfür zur Verfügung gestellten einmaligen Finanzenbudgets sind, soweit sie die Kinder- und Jugendarbeit betreffen, nicht geeignet, die vorangegangenen Versäumnisse irgend zu beheben; noch weniger werden

sie deren strukturelle Unzulänglichkeiten irgend tangieren. Und wenn Koordination, Verteilung, Umsetzung und Verwendung dieser Mittel über die Bundesländer (und den nachgelagerten Kommunen) ähnlich konfus verlaufen wie bereits in der Corona-Pandemie, gibt dies eher Anlass zu den elendesten Befürchtungen.

Die hier für die Kinder- und Jugendarbeit erforderlichen Aktivitäten sind zum einen zu identifizieren in solche, die sich pragmatisch und sachkundig in die Auseinandersetzung um die Verteilung von Kommunalfinanzien einmischen. Neben dem Wissen um die Kommunalstrukturen (LINDNER 2021) sind es insbesondere kommunalwissenschaftliche Erfahrungsbestände, die darauf hinweisen, dass

- z. B. partizipative Ansätze (!) wie z. B. Bürgerhaushalte „von der Politik in der Regel nicht umgesetzt werden“ und eher als „symbolische Politik“ einzuschätzen sind (HOLTKAMP 2018, S. 488);
- Haushaltsberatungen durch vielfältige mikropolitische Strategien geprägt sind, welche insbesondere die Entscheidungsträger entwickeln, um durch Einsparungen nicht ihre Wiederwahl zu gefährden: „Typische Strategien sind aus Sicht der vergleichenden Policy-Analyse z. B. die Verschleierung der Kürzungsfolgen und Abwälzung für Kürzungsmaßnahmen auf andere Institutionen“ (ebd.);
- Haushaltskonsolidierungen in aller Regel von der Verwaltungsspitze / Kämmerei ausgehen: „Sparvorschläge werden (...) in einer vertrauten Runde mit loyalen Verwaltungsmitarbeitern oder durch Unternehmensberatungen entwickelt“, bei denen Fachämter, Öffentlichkeit oder Gemeinderat nur sehr begrenzt bzw. erst nach vollendeter (Vor-) Entscheidung beteiligt werden (ebd.);
- in Kürzungsfragen entscheidend ist, welche Konsolidierungsstrategien welche ver-



muteten Widerstände produzieren, um zu vermeiden, dass der Gemeinderat oder andere artikulationsstarke Veto-Player frühzeitig aktiviert werden;

➤ über konstruierte „Konsolidierungserzählungen“ die gewählte Strategie als „alternativlos“ präsentiert wird und dies gern über sog. „Paketlösungen“ erfolgt, die möglichst nicht wieder aufgeschnürt werden sollen;

➤ Strategien des „lautlosen Sparens“ bevorzugt werden in Bereichen, die für die Öffentlichkeit wenig sichtbar und greifbar sind (z. B. bei der internen Verwaltung) und direkte Verantwortungen vernebelt werden (ebd.).

Wie sich Kinder- und Jugendarbeit in der dynamischen Vielfalt ihrer konkreten finanziellen Wirklichkeiten darstellt, ist immer als Mixtur und Ergebnis von Kompromissen, Alternativen und Aushandlungen zwischen z. B. den Anliegen der Kinder und Jugendlichen, den Fachkräften, der Politik, den Verwaltungen und den Trägerinteressen zu verstehen. Wohl wissend, dass es den wünschbaren Idealtyp der Kinder- und Jugendarbeit niemals geben wird, der sich etwa optimal und vornehmlich an den Interessen der Nutzer\*innen oder sozialpädagogischen Anforderungen orientiert, werden dennoch „produktive“ Verschiebungen im Kräfteverhältnis der o. a. Einflüsse für möglich gehalten – was die Frage aufwirft, wann, wo, wie und von wem derartige Verschiebungen initiiert, aber auch blockiert, ausgebremst, verschoben, gehemmt oder abgelenkt werden. Insofern lautet die Anforderung: „Raus aus den Hinterzimmern!“ hin zu einer Transparenz-Offensive, in der die o. g. Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit fachlich reflektiert, aufgearbeitet und mit konkreten Gegen-Strategien beantwortet werden können.

Zum anderen und zugleich ist hier die rechtlich-politische Dimension zu beach-

ten. Anstatt noch länger Energien in ermüdenden Forderungskarneval und leidiges Unentbehrlichkeits-Getrommel („systemrelevant!“) zu investieren, wäre es aussichtsreicher, sich der eigenen Position vorrangig auf der kommunalen Ebene zu widmen, statt hier in devote Duldungsstarre zu verfallen, sobald Finanzierungsprobleme anstehen. Zweifellos ist Kinder- und Jugendarbeit systemrelevant: als kommunale Pflichtaufgabe, deren Finanzierung selbst bei kommunalen Haushaltsproblemen nicht zur Disposition gestellt werden darf. Für die annähernd wirksame Einlösung dieses Status aber wären die nachfolgenden Leitfragen vielleicht erkenntnisfördernd:

- Wo sind die Landes-Jugendbehörden, die den kommunalen Spitzenverbänden unmissverständlich klarmachen, dass Kinder- und Jugendarbeit eine an Qualitätskriterien gebundene, kommunale Pflichtaufgabe ist, die auch bei angespannter bis defizitärer Haushaltslage bestehen bleibt?
- Wo sind die Landes-Jugendbehörden, die den Kommunalaufsichten wirksam verdeutlichen, dass folglich Einsparungen in der Kinder- und Jugendarbeit nicht zur Haushaltskonsolidierung missbraucht werden dürfen?
- Wo sind die Jugendhilfe-Ausschüsse, die bei anstehenden Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit deutlich Position beziehen und damit auch den Gemeinde- oder Stadtrat zu überzeugen wissen?
- Wo sind die Träger der Kinder- und Jugendarbeit, die bei rechtswidrigen Kürzungen nicht in unterwürfige Angstlähmung verfallen, sondern auf ihre Leistungen wie auch den Rechtsweg verweisen und sich auch nicht scheuen, diesen im Zweifelsfall wirklich in Anspruch zu nehmen?
- Wo sind die sozialpädagogischen Fach-

kräfte, die auch ihren Vorgesetzten und Führungskräften in derartigen Fällen deutlich widersprechen und geeignete Gegenmaßnahmen in Anschlag bringen?

### **Dritter Aufschlag: Kinder- und Jugendarbeit theoretisch und konzeptionell neu verorten**

Die beiden zuvor genannten Strategie-Ebenen werden zumindest in konzeptionell-theoretischer Hinsicht durch zwei erfreuliche Aspekte bestärkt, die das professionelle Niveau der Kinder- und Jugendarbeit für ihre künftigen Handlungsanforderungen neu ausrichten und profilieren könnten: die Neuauflage des Handbuchs Offene Kinder- und Jugendarbeit (DEINET U. A. 2021) sowie die Einführung in die Kinder- und Jugendarbeit als Handlungsfeld sozialpädagogischer Bildung (THOLE/POTHMANN/LINDNER 2021). Zumindest theoretisch, konzeptionell und strategisch wäre die weitere Zukunft der OKJA damit bestens vorbereitet; es fehlt „nur“ noch die Umsetzung in die Realität.

Es ist nicht einfach, über die Zukunft nachzudenken, wenn schon die Gegenwart derart anstrengend ist. Ob die bekannten Pathosformeln vom „Mit Wumms aus der Krise“ oder vom „Lockdown zum Kick-Off“ für die Kinder- und Jugendarbeit auch nur ansatzweise gelten können, steht dahin. Was aber bei den praktischen wie konzeptionellen Aufbrüchen mit Blick auf die Pandemie-Erfahrungen als Merksatz anzuraten bliebe, wäre der alte Popsong als neue Erinnerungsformel: „Won't get fooled again.“ Es wird sich zeigen, inwiefern dieser Realitätstest gelingt – bevor man wieder in den alten Trott des ‚business as usual‘ verfällt.

#### **AUTOR**

#### **Werner Lindner,**

Prof. Dr. phil., Dipl.-Pädagoge, Dipl.-Sozialarbeiter; Hochschullehrer an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena. Lehrgebiet: Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Kinder- und Jugendarbeit, Jugendpolitik und Demokratiebildung.

**Kontakt: [Werner.Lindner@eah-jena.de](mailto:Werner.Lindner@eah-jena.de)**

- 1 Popsong der Rockband 'The Who' aus dem Album 'Who's Next' (1971); [www.youtube.com/watch?v=SHhrZgojY1Q](https://www.youtube.com/watch?v=SHhrZgojY1Q)
- 2 <https://www.jugendhilfeportal.de/politik/kinder-und-jugendpolitik/artikel/gemeinsame-jugendstrategie-der-bundesregierung-ein-ambitioniertes-und-konsequentes-vorhaben-der-ei/> (14.05.2021)
- 3 <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/-jugendhearing-corona-und-die-folgen-fuer-junge-menschen-174110?view=> (14.05.2021)
- 4 <https://www.jugendhilfeportal.de/politik/kinder-und-jugendpolitik/artikel/digitale-jugend-politiktage/> (14.05.2021)
- 5 <https://www.dbjr.de/artikel/bundesjugendministerin-will-ergebnisse-des-jugend-hearings-weitertragen/> (19.04.2021)
- 6 <https://www.stmas.bayern.de/aktuelle-meldungen/pm2105-077.php> (17.05.2021)
- 7 <https://jfmk.de/beschluesse/> (07.06.2021), Betonung d. Verf.
- 8 <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/kinder-und-jugendparlamentestaerken-und-sichtbarer-machen-178112> (30.05.2021)
- 9 <https://www.jugendhilfeportal.de/fokus/coronavirus/artikel/eine-generation-im-kampf-mit-der-coronapandemie/> (20.05.2021)
- 10 <https://jugenddialog.de/do-it-yourself/eu-online-umfrage/> (22.05.2021)
- 11 Vgl. Hirschmann 1970
- 12 <https://www.bmbf.de/de/wie-belastet-die-corona-pandemie-kinder-und-jugendliche-psychisch-14071.html>;  
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/maerz/jugendliche-fuehlen-sich-durch-corona-stark-belastet-und-zu-wenig-gehört>,  
<https://www.aerztezeitung.de/Politik/Wie-die-Corona-Pandemie-Kinder-Psychisch-belastet-417124.html> (02.06.2021); Andresen u. a. 2020, Walper u. a. 2021

## Literatur

- ANDRESEN, S./LIPS, A./MÖLLER, R./RUSACK, T./SCHRÖER, W./THOMAS, S./WILMES, J. (2020): **Er-fahrungen und Perspektiven von jungen Men-schen während der Corona-Maßnahmen**. Erste Er-gebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Hildesheim.
- COMTESSE, D. U. A. (HRSG.)(2019): **Radikale Demo-kratietheorie**. Ein Handbuch. Berlin.
- DEINET, U./STURZENHECKER, B./v. SCHWANENFLÜ-GEL, L./SCHWERTHELM, M. (HRSG.)(2021): **Hand-buch Offene Kinder- und Jugendarbeit**. 5. Aufl. Wiesbaden.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2017): **15. Kinder- und Jugendbericht: Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztags-schule und virtuellen Welten – Persön-lichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Ju-gendalter**. Berlin.
- EGNER, B./KRAPP, M.-C./HEINELT, H. (2013): **Das deutsche Gemeinderatsmitglied**. Problemsichten – Einstellungen – Rollenverständnis. Wiesbaden.
- EGNER, B./HEINELT, H. (2016). **Kreistagsmitglie-der und Landräte**. Problemsichten – Einstellungen – Rollenverständnis. Baden-Baden.
- FLÜGEL-MARTINSEN, O. (2020): **Radikale Demo-kratietheorien zur Einführung**. Hamburg.
- GLAAB, M. (2019): **Partizipative Politikberatung**. Formate, Erfahrungen und Perspektiven. In: FALK, S. U. A (HRSG.): **Handbuch Politikberatung**; 2. neu bearb. Aufl., Wiesbaden, S. 99-112.
- HAFENEGER, B. (2021): **Jugend und Jugendarbeit in Zeiten von Corona**. Frankfurt a. M.
- HIDALGO, O. (2014): **Die Antinomien der Demokra-tie**. Frankfurt a. M.
- HIRSCHMANN, A. O. (1970): **Exit, Voice and Loyal-ty**. Responses to Decline in Firms, Organizations and States. Harvard University Press, Cambridge MA.
- HOLTkamp, L. (2018): **Budgetpolitik, insbesondere Haushaltssolidierung**. In: VEIT, S. U. A. (HRSG.): **Handbuch zur Verwaltungsreform**. Wiesbaden, S. 483 – 493.
- LINDNER, W. (2012): **Klar zur Wende?** Jugendpo-litik und Jugendarbeit in asynchronen Dynamiken.
- In: LINDNER, W. (HRSG.): **Political (Re-)Turn?** Im-pulse zu einem neuen Verhältnis von Jugendarbeit und Jugendpolitik. Wiesbaden, S. 3-19.
- LINDNER, W. (2017): **Der 15. Kinder- und Jugend-bericht: Mehr als ein leeres Alibi?** Wenn auf Worte keine Taten folgen. In: SOZIAL EXTRA, 41. Jg.; H. 3, S. 50 – 52.
- LINDNER, W. (2018): **„Repolitisierung“ der Jugendarbeit**. (Unvollständige) Randnotizen zum aktuellen Stand des Geschwafels. In: DEUTSCHE JUGEND, 66. Jg., H. 7 – 8, S. 313 – 321.
- LINDNER, W./ SIEBEL, C. (2020): **Kinder- und Ju-gendarbeit in (und nach) der „Corona-Krise“ – Strategische Reflexionspotenziale**. In: FORUM für Kinder- und Jugendarbeit. H. 3, S.42 – 47 und: LVR Rheinland (2021): jugendhilfe-report 02.21, S. 8 – 14.
- LINDNER, W. (2021): **Offene Kinder- und Jugendar-beit und Kommunalpolitik**. In: DEINET U. A.2021, S. 911 – 923.
- LOBO, S. (2021): **Die deutsche Rentokratie, jetzt auch mit Corona-Topping**. In: <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/pandemie-politik-die-deutsche-rentokratie-jetzt-auch-mit-corona-topping-a-26c94fe3-0ae8-4d70-984d-458c6bd99b8b> (Letzter Zugriff 06.05.2021).
- LOREY, I. (2020): **Demokratie im Präsens**. Eine The-orie der politischen Gegenwart. Berlin.
- SCHMIDT, M.G. (2019): **Demokratietheorien**. Eine Einführung. 6. Aufl. Wiesbaden.
- TAMOUDI, N./FAETS, S./REDER, M. (HRSG.)(2020): **Zukünftige Generationen als Leerstelle der De-mokratie**. Bielefeld.
- THOLE, W./ POTHMAN, J./ LINDNER, W. (2021): **Kin-der- und Jugendarbeit: Einführung in ein Arbeits-feld der sozialpädagogischen Bildung**. Weinheim u. München.
- WALPER, S./REIM, J./SCHUNKE, A./BERNGRUBER, A./ALT, P. (2021): **Die Situation Jugendlicher in der Corona-Krise**. Kurzbericht. München. DJJ.